

/// Einführung

MIGRATION – EINE EUROPÄISCHE HERAUSFORDERUNG

SUSANNE SCHMID /// Geopolitische Ereignisse der vergangenen Jahre haben Bevölkerungsbewegungen und Flüchtlingsströme verursacht, die sowohl innerhalb der EU als auch gegenüber Drittstaaten eine kohärente und umfassende Migrations- und Asylpolitik notwendig machen. Eine solche Politik muss der außen- und entwicklungspolitischen Dimension des Themas gerecht werden und in den Aufnahmeländern einen Ausgleich zwischen Zuwanderungsdruck und Zuwanderungsbedarf finden. Dies kann gelingen, wenn sie als politische Querschnittsaufgabe angegangen wird.

Die weltweit erfassten Migrations- und Flüchtlingsbewegungen haben eine neue geopolitische Dimension angenommen. Zwischen 1960 und 2013 erhöhte sich die Zahl der grenzüberschreitenden Migranten von 75 Millionen auf 232 Millionen; seit dem Zweiten Weltkrieg waren noch nie so viele Menschen auf der Flucht wie 2013. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) zählte Ende 2013 über 51,2 Millionen Geflohene, darunter 16,7 Millionen Flüchtlinge, 1,1 Millionen Asylsuchende und 33,3 Millionen Binnenvertriebene. Drei Viertel der Weltflüchtlingsbevölkerung sind Frauen, Jugendliche und Kinder. Unter den zehn häufigsten Herkunftsländern der Menschen auf der Flucht befanden sich insgesamt sechs Länder, in denen Krieg oder Gewalt herrscht: Syrien, Afghanis-

tan, Eritrea, Somalia, Irak und Pakistan. Da die meisten Menschen in einem angrenzenden Nachbarland Schutz suchten, lebten 86 % von ihnen in Entwicklungsländern. Die meisten Geflohenen weltweit nahm 2013 Pakistan (1,6 Millionen) auf, gefolgt vom Irak und Libanon (jeweils fast 860.000). In der EU wurden 2013 etwa 40 % der weltweiten Asylanträge gestellt (437.000). Das Hauptzielland für Asylsuchende weltweit war 2013 Deutschland mit 127.000 Anträgen. 2014 beantragten über 200.000 Menschen in Deutschland Asyl, für 2015 wird laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ein weiterer Anstieg auf 230.000 Anträge prognostiziert. Die nächst wichtigen Aufnahmeländer innerhalb der EU waren 2013 Frankreich (60.200) und Schweden (54.300).



Quelle: Joerg Kochy/Getty Images

Die zunehmenden Migrations- und Flüchtlingsströme sind eine große Herausforderung und Aufgabe nicht nur für die Behörden, sondern auch gesamtgesellschaftlich.

Es ist davon auszugehen, dass sich die globale Migrationsproblematik vorerst nicht entschärfen wird, denn in Zukunft dürfte es nicht weniger, sondern mehr Ursachen und Möglichkeiten für transnationale Migration geben. Davon wird auch die EU betroffen sein, sowohl wegen ihrer wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Attraktivität, als auch aufgrund der demographischen Diskrepanz gegenüber ihrer südlichen Nachbarregion: auf europäischer Seite alternde Bevölkerungen, dort heranwachsende starke Jugendjahrgänge in Sorge um ihre Zukunft. Migration in die EU wird zunehmen und sich dabei an den bisherigen Zielorten und Niederlassungsmustern orientieren. Für diese Annahme sprechen die historischen Bindungen zwischen Herkunfts- und Zielländern und das Anwachsen von Diasporas in

einzelnen EU-Mitgliedstaaten. Vor diesem Hintergrunde wird deutlich, dass eine erfolgreiche Migrationssteuerung nur durch umfassende Kooperationen und Partnerschaften zwischen Herkunfts- und Zielländern möglich ist. Auch bedarf es der wirksamen Verknüpfung von Migrations- und Entwicklungspolitik wie auch einer Verbesserung der Zusammenarbeit in den Bereichen Migration, Asyl und Grenzschutz.

Die weltweiten Migrations- und Flüchtlingsbewegungen sind derzeit auf einem HÖCHSTSTAND.

Die EU ist eine wichtige Triebkraft für eine gerechtere, sicherere und geeinere Welt. Daher steht das Thema Migration weit oben auf ihrer politischen Agenda. Seit mehr als zwanzig Jahren arbeiten die EU-Mitgliedstaaten an der Harmonisierung ihrer Einwanderungs- und Asylpolitik. In verschiedenen Bereichen wurden bereits große Fortschritte erzielt, dennoch sind weitere Anstren-

den – im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Die Umsetzung des Paktes in konkrete Maßnahmen erfolgt im Rahmen des „Stockholmer Programms“ mit dem Titel „Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger“, das 2010 das „Haager Programm“ abgelöst hat und bis 2014 gültig war. Derzeit werden unter dem Arbeitstitel „Post-Stockholm Programm“ Leitlinien für die zukünftige gesetzgeberische und operative Programmplanung erarbeitet.

Eine KOHÄRENTE Migrations- und Asylpolitik muss in den Aufnahmeländern einen Ausgleich zwischen Zuwanderungsdruck und Zuwanderungsbedarf finden.

gungen nötig, um eine gemeinsame Migrations- und Asylpolitik zu schaffen, die das kollektive Interesse der EU sowie die Bedürfnisse der einzelnen EU-Mitgliedstaaten berücksichtigt. Diese Tatsache spiegelt auch der im Jahr 2005 vom Europäischen Rat verabschiedete und Ende 2011 weiterentwickelte „Gesamtansatz Migration und Mobilität“ (GAMM) wider. Danach sind Migrationsfragen ein zentraler Aspekt in den außenpolitischen Beziehungen der EU zu Drittstaaten, was sich in verstärkten Partnerschaften mit Herkunfts- und Transitstaaten manifestiert. Die thematischen Schwerpunkte dieses „Gesamtansatzes“ beinhalten sowohl die Bekämpfung illegaler Migration wie auch die Nutzung der positiven Effekte legaler Migration, die Verknüpfung von Migrations- und Entwicklungspolitik und die Stärkung des Flüchtlingsschutzes.

Im Jahre 2008 hatte der Europäische Rat den „Europäischen Pakt zu Einwanderung und Asyl“ angenommen. Er soll für die EU die Basis für eine gemeinsame Einwanderungs- und Asylpolitik bil-

den – im Geiste der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten und in der Zusammenarbeit mit Drittstaaten. Die Umsetzung des Paktes in konkrete Maßnahmen erfolgt im Rahmen des „Stockholmer Programms“ mit dem Titel „Ein offenes und sicheres Europa im Dienste und zum Schutz der Bürger“, das 2010 das „Haager Programm“ abgelöst hat und bis 2014 gültig war. Derzeit werden unter dem Arbeitstitel „Post-Stockholm Programm“ Leitlinien für die zukünftige gesetzgeberische und operative Programmplanung erarbeitet.

Um sich den komplexen Herausforderungen im Bereich Migration stellen zu können, ist ein multiperspektivischer, interdisziplinärer und offener Diskurs unabdingbar. Vor diesem Hintergrund veranstaltete die Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung am 18. November 2014 im Konferenzzentrum München eine Fachtagung mit dem Titel „Migration – Eine gesamteuropäische Herausforderung“. Die Tagungsreferenten analysieren im Folgenden die politisch-sozialen Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich Migration.

Im ersten Beitrag beleuchtet Steffen Angenendt die Folgen steigender Flüchtlingszahlen für die Nachbarstaaten der Krisenregionen und zeigt mögliche Handlungsoptionen für die EU und Deutschland auf. Daran anknüpfend veranschaulicht Michael Griesbeck die Relevanz des Themas anhand aktueller Asylbewerberzahlen in der EU und in Deutschland und diskutiert mögliche Strategien zur besseren Verzahnung von Flüchtlingsschutz, Migrationssteuerung und Entwicklung. Markus Gruber macht deutlich, dass es sich beim Thema Migration um eine komplexe politische Querschnittsaufgabe handelt. Auf

verschiedensten politischen Ebenen werden so unterschiedliche Politikbereiche wie Innen-, Bildungs-, Sozial-, Arbeitsmarkt- und Entwicklungspolitik berührt. Das Zeitgespräch mit Hans ten Feld, dem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) in Deutschland, beleuchtet die vielschichtigen Aufgaben und wachsenden Herausforderungen des UNHCR vor dem Hintergrund steigender Flüchtlingszahlen.

Es ist zu erwarten, dass die anhaltende Migration und die demographische Entwicklung in der EU die Arbeit an einer gemeinsamen europäischen Asyl- und Migrationspolitik beschleunigen. Eine solche Politik muss der außen- und entwicklungspolitischen Dimension des Themas ebenso gerecht werden, wie einen Ausgleich zwischen Zuwanderungsdruck und Zuwanderungsbedarf finden. Dies kann gelingen, wenn sie auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene als politische Querschnittsaufgabe angegangen wird. Wir sollten uns daher mutig auf diesen Weg begeben. ///



/// DR. SUSANNE SCHMID

ist Referentin für Arbeit und Soziales, Demographischen Wandel, Familie, Frauen und Senioren, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München sowie Leiterin des Arbeitskreises „Weltbevölkerung“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie e. V. (DGD).